

## Medienmitteilung

Thema	Milizsystem in Liechtenstein
Datum	17.03.2025
Sperrfrist	Keine
Anzahl Zeichen (inkl. Leerschläge)	4'303
Rückfragen an	Gerald Hosp, +423 798 33 11, gerald.hosp@stiftungzukunft.li

### Reformbedarf für Liechtensteins Milizparlament

**RUGGELL – Das Milizparlament ist ein zentrales Element der politischen Kultur Liechtensteins. Es ist Ausdruck einer bürgernahen Politik, die auf der aktiven Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger basiert. Doch das Milizparlament stösst an seine Grenzen. Eine aktuelle Umfrage unter ehemaligen und aktiven Abgeordneten von Zukunft.li zeigt den Reformbedarf auf.**

Die Landtagswahl 2025 ist entschieden. 69 Kandidatinnen und Kandidaten haben sich zur Wahl um die 25 Landtagssitze gestellt. Sie sind keine Berufspolitiker, sondern sind in der Regel neben ihrem regulären Beruf politisch aktiv. Der Liechtensteiner Landtag verkörpert die Idee, dass Bürgerinnen und Bürger ihr politisches Schicksal selbst in die Hand nehmen. Im Gegensatz zu Berufsparlamenten mit hauptberuflichen Abgeordneten stehen Milizparlamente für Bürgernähe, breite politische Partizipation und einen schlanken Staat.

Kann die Wirklichkeit mit diesem Ideal mithalten? Während sich das Umfeld in den letzten Jahrzehnten durch gesellschaftliche Veränderungen, technologische Entwicklungen und die zunehmende Komplexität der politischen Landschaft gewandelt hat, wurden die Rahmenbedingungen des Landtages seit Jahrzehnten nicht mehr substanziell angepasst. Häufig wird beklagt, dass es schwieriger wird, die parlamentarische Tätigkeit mit Beruf und Privatleben zu vereinbaren.

#### Hohe Belastung, grosse Motivation

«Es stellt sich längerfristig die Frage, wie effizient und effektiv das Milizparlament noch ist. Eine Online-Umfrage unter ehemaligen und aktiven Abgeordneten bestätigt teilweise die Kritikpunkte», sagte Gerald Hosp, Geschäftsführer von Zukunft.li, an einer Medienkonferenz in Ruggell. Die Befragten sprechen von einer hohen Arbeitsbelastung, die häufig zulasten der Familie und des Privatlebens geht. Im Durchschnitt entspricht der Aufwand für ein Landtagsmandat einem Pensum von 42 Prozent einer üblichen Jahresarbeitszeit. Die ehemaligen und aktiven Abgeordneten sind mehrheitlich der Meinung, dass sich die Reputation des Landtags verschlechtert hat. Jeweils 40 Prozent sind der Überzeugung, die Entscheidungsqualität ist mitemässiger und die Effizienz geringer geworden.

Und dennoch: Zwei Drittel der Befragten würden nach den gemachten Erfahrungen wieder für ein Landtagsmandat kandidieren. Die Abgeordneten nannten das Interesse am politischen Diskurs, die persönliche Weiterentwicklung und die interessanten persönlichen Kontakte als Motivationsfaktoren. Der Reformbedarf wird jedoch als hoch angesehen.

### **Reformbedarf und Lösungsvorschläge**

Seit Jahren werden Reformvorschläge diskutiert, ohne dass es zu einer umfassenden Umsetzung gekommen ist. Zukunft.li sieht besonderen Handlungsbedarf in den Bereichen Experten-zugang, Effizienzsteigerung, soziale Absicherung und Arbeitsbelastung.

**Mehr Zugang zu Experten:** Drei Viertel der Abgeordneten wünschen sich vereinfachten Zugang zu Experten, um Fachfragen zu klären. Die Parteien können hier unterstützen, indem sie zu ausgewählten komplexen Fragestellungen Expertengutachten einholen oder wissenschaftliche Unterstützung bereitstellen. Der Parlamentsdienst sollte zudem moderne technische Lösungen zur Verfügung stellen.

**Verstärkte Kommissionsarbeit:** Die Kommissionsarbeit sollte ausgeweitet werden, um vertieftes Fachwissen aufzubauen und eine höhere Effizienz zu gewährleisten. Kommissionen tragen zudem bei, die Position des Landtags gegenüber der Regierung zu stärken. Um wiederholende Diskussionen zu vermeiden, sollten die Sachgeschäfte, die bereits in einer Kommission behandelt wurden, im Plenum einer Redezeitbeschränkung unterliegen.

**Optionale Sozialversicherungen:** Abgeordnete sollten die Möglichkeit haben, sich freiwillig für Sozialleistungen zu versichern und in eine Pensionskasse einzuzahlen, um Vorsorgelücken zu schliessen. Das Land sollte hier die entsprechenden Arbeitgeberbeiträge leisten.

**Stellvertreterregelung:** Die Rolle der stellvertretenden Abgeordneten sollte klarer definiert werden. Sie agieren in einer rechtlichen Grauzone. Dabei sollte aber die Flexibilität beibehalten werden, damit ordentliche Abgeordnete auch entlastet werden können. Ein Wahlverfahren mit zwei Listen für Abgeordnete und Stellvertreter könnte hier Abhilfe schaffen. Kandidatinnen und Kandidaten könnten sich dann bewusst entscheiden, für welches Amt sie sich zur Verfügung stellen.

Detaillierte Informationen zur Publikation finden Sie unter [www.stiftungzukunft.li](http://www.stiftungzukunft.li)

#### **Stiftung Zukunft.li**

Die Stiftung Zukunft.li engagiert sich als liberaler Think-Tank für die gesellschafts- und wirtschafts-politische Entwicklung des Standorts Liechtenstein. Die 2014 gegründete Organisation ist unabhängig und transparent, sie finanziert sich aus privaten Stiftungs- und Förderbeiträgen